



Bericht über den 2. Erfahrungsaustausch der Vertrauensanwälte, Ombudsleute und Korruptionsbeauftragten des Bundes und der Länder am 2013-02-26, 11:00 bis 15:00 in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin

An dem 2. Erfahrungsaustausch der Vertrauensanwälte, Ombudsleute und Korruptionsbeauftragten des Bundes und der Länder, haben ca. 50 Personen aus fast allen Bundesländern, dem Bund (Beamte der Landesministerien, der Polizei, der Staatsanwaltschaften und als Vertrauensanwälte/Ombudsleute tätige Rechtsanwälte) sowie Fachgruppen- und Regionalgruppenleiter von TI teilgenommen. Das Feedback der Teilnehmer war positiv; von ihnen wurde eine Fortsetzung der Veranstaltungsreihe in zwei Jahren befürwortet.

Die Veranstaltung hatte den Charakter einer Fachtagung.

Für das Land Baden-Württemberg unterstrich der Amtschef im Innenministerium, Herr Ministerialdirektor Dr. Zinell, die Notwendigkeit, das Thema Korruption aktiv zu bekämpfen, weshalb das Land nach dem Regierungswechsel im Land der langjährigen Bitte des LKA in BaWü (und der RG TI BaWü) nachgekommen ist und ein eigenes internetbasiertes Hinweisgebersystem eingeführt hat. Der ständige Vertreter des Präsidenten des LKA BaWü, Herr Lt. Kriminaldirektor Ziwey, zeigte auf, dass bereits in der kurzen Zeit seit September 2012 zahlreiche und relevante Hinweise eingegangen sind. Die Fallzahlen liegen deutlich höher als diejenigen des Vertrauensanwaltes von BaWü, Dr. Abele, der ebenfalls über seine Tätigkeit berichtete.

Der Ombudmann von Schleswig-Holstein, Herr Pistol, berichtete aus seiner 6jährigen Erfahrung mit Hinweisen aus der Bevölkerung, die teilweise zur strafrechtlichen Verfolgung geführt haben. Seine Erfahrung, dass ein großer Teil von Hinweisen bereits vorab aussortiert werden muss, wurde auch von anderen Ombudsleuten aber auch von Betreibern des BKMS-Systems bestätigt. Teilweise liegt dies daran, dass die Hinweise außerhalb des definierten Aufgabenbereichs liegen, teilweise daran, dass sie unqualifiziert sind. Die geringen Zahlen von Anklagen und Verurteilungen, die aus solchen Hinweisen resultieren, müssen auch vor dem Hintergrund gesehen werden, auch sonst ca. 80 % der von der Polizei aufbereiteten Fälle von den Staatsanwaltschaften – mit oder ohne Auflagen – eingestellt werden. Hinweisgebersysteme bedeuten ein Risiko für potentielle Täter und dienen deshalb gerade auch der Kriminalprävention.

Herr Tur, Vorstand Business Keeper AG, zeigte in seinem Vortrag den wachsenden Einsatz des internetbasierten Hinweisgebersystems im Ausland und zwar keineswegs nur in Europa. Nicht zuletzt aufgrund von Weltbank und Geberländern wird in Schwellen- und Entwicklungsländern eine funktionierende Korruptionsbekämpfung aufgebaut – teilweise gegen das herrschende Verständnis in diesen Ländern. Der selbst in kleinen Ortschaften Afrikas mögliche Internetzugang bietet hier gute Möglichkeiten.

Dass die rechtlichen Rahmenbedingungen auch in Deutschland noch keineswegs abschließend geklärt sind, zeigte Herr RA Dr. Frank. Es besteht ein Interesse von Unternehmen oder Behörden, die über einen Ombudsman gewonnenen Informationen sowohl über den Hinweisgeber als auch über mögliche Beschuldigte zu verwerten und ggf. an die Strafverfolgungsbehörden zu übergeben. Der Hinweisgeber wiederum hat ein Interesse daran, dass seine personenbezogenen Daten vertraulich behandelt werden, es sei denn er erklärt sich zur Veröffentlichung bereit. Andererseits will der Datenschutz vermeiden,

dass datenbezogene Informationen über einen längeren Zeitpunkt gespeichert und ohne Einhaltung enger Vorgaben verwertet werden. Dieses Spannungsfeld führt zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen, die bei der Implementierung und der Nutzung von Hinweisgebersystemen oft nicht beachtet werden.

Abschließend noch einmal zurück zu Herrn Dr. Zinnell, Innenministerium BaWü. Er lobte die Arbeit von Transparency als Nichtregierungsorganisation. Er dankte für die zahlreichen Anregungen in der Vergangenheit und forderte dazu auf, auch künftig die Arbeit der Regierungen kritisch zu begleiten. Dem werden wir gerne Folge leisten.

Peter Hammacher, 10.03.2013